Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1899

38 (14.2.1899) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe: Wöchentl. zwölf mal. Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Lokal-Inserate 15 Pf., für auswärtige Inserate 20 Pf., im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Parlaments-Ausgabe. Karlsruhe, den 14. Februar 1899.

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

30. Sitzung vom 11. Februar.

Das Haus ist schwach besetzt.

1 Uhr. Am Bundesrathstisch: von Bülow, Graf von Posadowsky, Frhr. von Thielmann u. A.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Vorlesung folgender Interpellation des Abg. Grafen Kanitz (kons.):

„Ist der Reichskanzler bereit, über den Stand der Verhandlungen zur Regelung der handelspolitischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Nordamerika Auskunft zu geben?"

Nachdem auf Befragen des Präsidenten Grafen Ballestrem Staatssekretär v. Bülow sich bereit erklärt hat, die Interpellation sofort zu beantworten, erhält zu ihrer Begründung das Wort:

Abg. Graf **Kanitz** (kons.): Nicht blos von Deutschland aus, sondern von allen übrigen europäischen Ländern hat der Export nach Amerika nachgelassen. Der Import amerikanischer Waaren hat dagegen zugenommen. Wenn das so weiter geht, wird Amerika bald das Uebergewicht erhalten haben. Die Handelspolitik Amerikas zeigt uns das Bild des extremsten Protektionismus. Redner giebt einen historischen Ueberblick über die Entwicklung der amerikanischen Handelspolitik seit Beginn des Jahrhunderts. Schutzzollbestrebungen machten sich schon 1816 geltend. In den dreißiger Jahren wurden jedoch die Zölle wieder ermäßigt, weitere Veränderungen folgten 1845, 1853 und 1887, bis endlich 1889 die sogenannte Mac-Kinley-Bill eingeführt wurde. Die Mac-Kinley-Bill wurde allerdings 1894 schon durch die mäßigere Wilson-Bill ersetzt, doch folgte bald darauf im Jahre 1897 die sogenannte Dingley-Bill, die mit ihren hohen Zollsätzen die Mac-Kinley-Bill noch weit übertraf und den Export nach Amerika fast unmöglich machte. Unser Export ist in Folge dessen ständig zurückgegangen, die Höhe von 1890 im Betrage von 460 Millionen ist nie wieder erreicht; während der Import von Amerika fortwährend zunahm, so betrug derselbe 1890 400 Millionen Mark, 1897 dagegen 658 Millionen Mark. Allerdings ist die deutsche Handelsstatistik nicht ganz so zuverlässig, wie die amerikanische, da vielfach über nichtdeutsche Häfen deutsche Waaren exportirt werden, aber auch die amerikanische Statistik weist das Bild des wachsenden Exports und des verminderten Imports Amerikas auf. Die Verschiebung in Folge des Dingley-Tarifs wird auf 71 Millionen Dollars berechnet. Freilich giebt die Handelsstatistik allein noch kein genaues Bild des handelspolitischen Standes zwischen zwei Staaten, man muß auch die übrigen Verhältnisse berücksichtigen. Aber auch im Uebrigen sehen wir, wie das Uebergewicht Amerikas zunimmt. Sehr bedenklich ist es auch, daß ein so großer Abfluß von Gold aus Deutschland nach Amerika stattfindet. Der Dingley-Tarif hat den ausgesprochenen Zweck, die amerikanische Industrie zu schützen, wir stehen jetzt erst im Anfang der Wirkung des Dingleytarifes. Besonders gelitten durch den Dingleytarif hat unsre Eisenindustrie, ihr Export nach Amerika ist seit 1890 von 71 auf 17 Millionen Dollars zurückgegangen, nicht minder groß ist die Einbuße unserer Textilindustrie. In der letzten Zeit ist auch die Zuckerausfuhr ganz bedeutend gesunken. Und was verdienen unsere Industriellen noch bei ihrem Export nach Amerika? Die Zahlen des Exports machen sich ja sehr schön, aber es ist eine Thatsache, daß unsere Fabriken dabei fast gar nichts mehr verdienen. Ja, bei manchen Fabrikationszweigen exportirt man nur noch mit Verlust und nur in der Hoffnung, daß es bald besser wird, daß besonders die ewigen Zollplackereien aufhören. Ein Großindustrieller der Textilindustrie schreibt mir: „So kann das nicht weiter gehen, lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende!" In weiten Kreisen des Handels herrscht eine ähnliche Stimmung. Ich verweise auf den Bericht der Hamburger Handelskammer. All diese Stimmen sind uns ja sehr werthvoll, sie wären uns jedoch noch viel werthvoller, wenn sie ein Mittel angäben, wie dem abzuhelfen wäre. Frankreich hat ein Uebereinkommen mit Amerika geschlossen, durch das es Amerika nicht für alle Waaren den Minimaltarif gewährte, und hat, als dann der Dingleytarif kam, noch wichtige Konzessionen erreichen können. Auch hatte Frankreich vorher noch wichtige Zollerhöhungen vorgenommen, die sich besonders auf Holz, Schweineschmalz und Obst bezogen, sodaß es, als es Amerika gegenüber seine Seife ermäßigte, dennoch einen Vortheil davon hatte. Wir sind jeder Zeit bereit, ein ähnliches Abkommen mit Amerika zu schließen unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß auch bei uns die Zollsätze für diese Artikel erhöht werden. (Beifall rechts.) Wir verfolgen dabei durchaus keine agrarische Interessen. (Heiterkeit.) Die Hauptfrage ist nun, was haben wir Amerika gegenüber zu thun? Schon Frhr. von Marschall hat hier gesagt, daß eine Note an die Vereinigten Staaten gerichtet sei. Dies kann doch wohl nicht anders zu verstehen sein, als daß eine Kündigung des Meistbegünstigungsvertrags in Aussicht stehe, falls der Dingleytarif auch uns gegenüber in Kraft treten sollte. Mir scheint jedoch, daß eine Kündigung gar nicht nöthig ist, da die Amerikaner den Vertrag mit dem deutschen Reiche schon lange nicht mehr beachtet haben. Die nothwendige Folge wäre die Anwendung unseres Generaltarifes gegen Amerika. So weit will ich indessen nicht gehen, doch ist es ja nicht meine Aufgabe, hier bestimmte Vorschläge zu machen. Doch möchte ich darauf hinweisen, daß wir keineswegs darauf angewiesen sind, all die Waaren, die wir bisher von Amerika bezogen, auch in Zukunft daher zu nehmen. Dies gilt vor allem für landwirthschaftliche Erzeugnisse. Und dann auch für Kupfer. Unsere Einfuhr von Kupfer aus Amerika ist stets gestiegen, was im Interesse unseres heimischen Bergbaues sehr zu bedauern ist. Denn dieser ist sehr wohl in der Lage, das nöthige Quantum Kupfer zu liefern, wenn auch ein klein wenig theuerer. Zwei wichtige Artikel sind Petroleum und Baumwolle. Ueber das Petroleum wird wohl der Abg. Bassermann noch ausführlich sich äußern, ich meine, daß uns das russische Petroleum das amerikanische ersetzen kann. Anders steht es mit der Baumwolle, da werden wir wohl vorläufig noch immer auf Amerika angewiesen sein, aber man darf nicht vergessen, daß Amerika auch auf den Export seiner Baumwolle angewiesen ist. Petroleum und Baumwolle aber machen 70 Proz. der amerikanischen Ausfuhr aus. Selbst Herr v. Marschall hat gesagt, es sei ein Irrthum, anzunehmen, daß wir auf Amerika mehr angewiesen sind, als Amerika auf uns. Ich gehe nicht so weit wie der Generalsekretär des Bundes der Industriellen, Dr. Wendtland, der erklärte, ein Zollkrieg mit Amerika sei unvermeidlich. Aber ich meine doch, wir dürfen es nicht ruhig mit ansehen, wie unsere Exportindustrie zu Grunde geht. Auch steht außer Frage, daß Amerika zehn mal mehr bei einem Zollkriege verlieren würde als wir. Es ist ja auch schon die Rede davon gewesen, daß eine Zollunion der europäischen Staaten gegen Amerika geschlossen werden solle und wenn mich nicht die Anzeichen trügen, sind auch schon verschiedene Staaten seiner Zeit deswegen mit einander in Verbindung getreten. Indessen, daß eine solche Zollunion zu Stande kommt, ist wohl aussichtslos. Es wird vielmehr eher dazu kommen, daß sich die europäischen Staaten mit einem autonomen Zolltarif gegen Amerika umgeben. Jedenfalls sind die Verhältnisse jetzt so, daß ich an die verbündeten Regierungen die Bitte richten muß, mit der nöthigen Umsicht und erforderlichen Falls mit der nöthigen Energie, wie sie den Traditionen unserer auswärtigen Politik entspricht, die Interessen des Vaterlandes wahrzunehmen. Durch eine zielbewußte Aktion wird sie sich den Dank des Vaterlandes verdienen. (Beifall rechts.)

Staatssekretär **v. Bülow**: In Erwiderung auf die Anfrage der Interpellanten habe ich Folgendes zu erklären. Darauf verliest Redner folgende Erklärung:

„Im Hinblick auf die gewichtigen Bedenken, die sich einer amtlichen Erörterung des Standes der Verhandlungen mit auswärtigen Staaten so lange entgegenstellen, als diese Verhandlungen nicht zum Abschluß gelangt sind, erscheint es den verbündeten Regierungen zur Zeit nicht angängig, sich erschöpfend über die Auffassung zu äußern, welche die einzelnen Fragen, die den Gegenstand der schwebenden Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu bilden haben, auf beiden Seiten finden. Es ist aber den verbündeten Regierungen nur erwünscht, vor diesem hohen Hause klarzustellen, in welchem Geiste unsere Verhandlungen mit Amerika geführt werden.

Unsere Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika beruhen vertragsrechtlich auf dem preußisch-amerikanischen Abkommen vom Jahre 1828 und den gleichartigen Vereinbarungen der anderen deutschen Seeuferstaaten mit Amerika. Unsere Differenzen mit Amerika sind im Wesentlichen auf die verschiedene Auffassung zurückzuführen, die über die Tragweite der in den Verträgen wechselseitig zugesicherten Meistbegünstigung besteht. Die einschlägigen Bestimmungen des preußisch-amerikanischen Abkommens, die mit den Vereinbarungen der anderen Seeufer-Staaten wesentlich übereinstimmen, haben folgenden Inhalt: Der Artikel 5 steht vor, daß auf den Eingang der Erzeugnisse des einen vertragschließenden Landes ins andere Land weder andere noch höhere Abgaben gelegt werden sollen, als diejenigen, welche auf dieselben Artikel irgend eines anderen fremden Landes gelegt sind oder gelegt werden möchten. Artikel 9 aber lautet: Wenn von einem der kontrahirenden Theile in der Folge anderen Nationen irgend eine besondere Begünstigung in Betreff des Handels oder der Schifffahrt zugestanden werden sollte so soll diese auch dem andern Staate sofort zu Gute kommen. Wird aber eine solche Vergünstigung einer andern Nation nur gegen ein besonderes Entgelt zugestanden, so kann der andere Staat auf dieselbe Vergünstigung nur Anspruch machen, wenn er ein gleiches Entgelt leistet. Aus dieser Abmachung haben wir stets gefolgert, daß uns Angesichts aller Zollfragen die unbedingte Meistbegünstigung zusteht, daß wir dagegen irgend welche Vergünstigungen, welche Handel und Schifffahrt eines dritten Staates gegen Entgelt gewährt werden, nur dann von uns in Anspruch genommen werden können, wenn auch wir uns zu entsprechenden Gegenleistungen an die Vereinigten Staaten verstehen. Dieser Auffassung haben wir durch unser zollpolitisches Verhalten auch thatsächlich Rechnung getragen. (Sehr richtig!) Im Gegensatz hierzu vertritt die amerikanische Regierung die Ansicht, daß die im Artikel 9 des Vertrages enthaltene Einschränkung allgemein gedacht, also auch in Zollfragen maßgebend sei, und daß folglich auch der Artikel 5 durch den Artikel 9 eingeschränkt werde. Die verbündeten Regierungen vermögen nicht von ihrer stets festgehaltenen Anschauung abzugehen, zu der sie sich nach dem wohl erwogenen Sinn und Wortlaut der Verträge für berechtigt erachten. In dieser Verschiedenheit in der Auffassung über die Tragweite der Meistbegünstigungsklausel liegt der Grund für unsere Beschwerden und zwar zunächst hinsichtlich der Behandlung unseres Zuckers sowie hinsichtlich des Tonnengeldes. Nach dem Dingleytarif soll bei der Einführung von prämiirtem Zucker nach den Vereinigten Staaten außer dem allgemeinen Einfuhrzoll noch ein besonderer Zuschlag in Höhe der im Ursprungslande gewährten Prämie erhoben werden. Gegen die daraufhin beim Schatzamt in Washington für unseren Zucker festgesetzten Zuschläge haben wir geltend gemacht: erstens, daß sie im Widerspruch mit unserem Meistbegünstigungsverhältniß stehen und zweitens, daß der Zollzuschlag weder im Vergleich zu anderen Prämienländern noch nach den gesetzlichen Bestimmungen des Dingleytarifs richtig berechnet worden. Unsere Bemühungen sind insofern erfolgreich gewesen, als die Vereinigten Staaten diejenige Differenzirung unseres Zuckers beseitigt haben, die in der ungleichmäßigen Berechnung des Zuschlages im Vergleich zu andern Prämienländern bestanden. Daneben haben wir bei der Unionsregierung angeregt, daß bei der Berechnung des Zuschlagszolls einmal der Betrag unserer allgemeinen Betriebssteuer und ferner gewisse mit der Kontingentirung in Zusammenhang stehende Beträge, nämlich der Steuerzuschlag für das sogenannte Ueberkontingent in Abzug gebracht werden. Den letzten Theil unserer Forderungen haben die Vereinigten Staaten mit der Begründung abgelehnt, daß diese Mehrbelastung lediglich einzelne Produzenten treffe und deshalb auf die Höhe der allgemein gewährten gesetzlichen Prämien ohne Einfluß sei. Dagegen hat uns die Unionsregierung zugesichert, unsern Vorschlag auf Abzug der allgemeinen Betriebssteuer noch zum Gegenstand näherer Erwägungen zu machen.

Die Tonnengelderfrage ist dadurch hervorgerufen, daß die amerikanische Republik auf Grund einer von uns im Jahre 1888 abgegebenen Erklärung, daß die deutschen Häfen keine Tonnen- oder Leuchtfeuerabgaben im Sinne der amerikanischen Tonnengelder erhoben haben, den aus deutschen Häfen kommenden Schiffen Befreiung von den in amerikanischen Häfen erhobenen Tonnenabgaben-Geldern gewährt, dann aber im Jahre 1896 diese Gewährung zurückgezogen hat, obgleich in dieser Zeit in den deutschen Schiffsabgaben keinerlei Aenderung eingetreten, vielmehr der Zustand der gleiche geblieben war. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß auf Seiten der unirten Staaten die Neigung besteht, durch Abänderung der Gesetzgebung die Frage gegenstandslos zu machen.

In Widerspruch mit unserer Auffassung der Meistbegünstigung steht ferner, daß die Vereinigten Staaten uns nicht von selbst dieselben Zollerleichterungen gewährt haben, wie sie Frankreich nach einem Reziprozitätsvertrage vom vorigen Jahre für verschiedene Waaren zu Theil wurden und wie sie neuerdings auf die Schweiz für dieselben Erzeugnisse ausgedehnt wurden. Was die Beschwerden unseres Ausfuhrhandels über die hohen Zollsätze des Dingleytarifs und über die Handhabung der durch die amerikanische Zollgesetzgebung ergangenen Ausführungsbestimmungen anbelangt, so haben wir das Mißverhältniß der wechselseitig zur Erhebung gelangenden Zölle und die lästigen Bestimmungen des amerikanischen Verzollungsverfahrens wiederholt zum Gegenstand ernster Vorstellungen bei der Regierung der Vereinigten Staaten gemacht. Wir sind willens, auch fernerhin alles Erforderliche zu thun und namentlich mit Nachdruck dahin einzutreten, daß die Interessen unseres Ausfuhrhandels durch die Handhabung der Verzollungsvorschriften nicht gefährdet wird. Zur Begleichung der entgegenstehenden Rechtsauffassung und zur befriedigenden Verständigung über die schwebenden Einzelheiten bedarf es auf beiden Seiten der Erkenntniß, welche weittragenden gegenseitigen Interessen für beide Länder in Frage stehen. Von dieser Erkenntniß durchdrungen, dürfen wir, zumal im Hinblick auf die zunehmende Entwickelung der amerikanischen Einfuhr nach Deutschland, dieselbe Erkenntniß bei den Vereinigten Staaten voraussetzen.

Wir geben uns deshalb der Hoffnung hin, daß in nicht zu ferner Zeit eine für beide Theile annehmbare und für beide Theile befriedigende Lösung der bestehenden Schwierigkeiten erzielt werden wird. Die verbündeten Regierungen sind sich der Pflicht bewußt, welche ihnen die Vertretung und die Wahrnehmung der uns zustehenden Rechte auferlegt, nehmen aber zugleich das Vertrauen dieses hohen Hauses in Anspruch, daß sie diejenigen Wege zu verfolgen wissen, durch welche die ihrer Pflege anvertrauten vaterländischen Interessen auf die Dauer und sichersten gewahrt bleiben.

Abg. Dr. **Lieber** (Ctr.): Im Namen meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir keinen Augenblick zögern, den verbündeten Regierungen unser Vertrauen auszusprechen. Anzuerkennen ist es, daß der Staatssekretär in seiner Beantwortung sich genau an die Frage gehalten hat. Den Spuren des Grafen Kanitz, der früher schon ein allgemeines europäisches Zollbündniß mit autonomem Tarif befürwortete, kann ich nicht folgen und versage es mir daher, auf diese Zukunftspläne einzugehen. Wir haben gehört, daß Verhandlungen schweben, deshalb will ich mich auch mit möglichster Zurückhaltung äußern. Der ganze deutsche Reichstag wird in der Auslegung des Artikels IX des deutsch-amerikanischen Vertrages auf Seiten der verbündeten Regierungen stehen, ich glaube, ganz Deutschland thut das. (Beifall.) Die amerikanische Auslegung des Artikels IX dagegen halten wir für gänzlich falsch. Ganz sicher handelt es sich bei den neuesten Maßnahmen Amerikas um ganz ungerechtfertigte Erschwerungen. Zum Theil muß man diese Maßnahmen sogar als Chikane bezeichnen. So ist z. B. die Erschwerung der Legalisation jeder Rechnung eine Chikane, wie sie kein anderes Land kennt. Aehnlich steht es mit der ganz willkürlichen Werthfestsetzung auf dem Zollamte in Newyork. Wir müssen jedoch gerecht sein und uns auch mal auf den amerikanischen Standpunkt stellen. Amerika hält einen Theil unserer sanitären Maßregeln bei der Einfuhr ebenfalls für Chikane. Bedauerlicher Weise sind wir so in eine Stimmung gegenseitiger Gereiztheit gekommen, die hoffentlich nicht von Dauer sein wird. Dazu kommt, daß Amerika noch besonders gegen Deutschland erbittert ist in Folge falscher politischer Nachrichten. Bei meiner Anwesenheit in Amerika habe ich mich eifrig bemüht, diese falschen Nachrichten zu widerlegen. Ein Theil der amerikanischen Blätter hat denn auch geschrieben, das Uebelwollen Deutschlands sei denn doch wohl nicht so groß. Allerdings ist die Gereiztheit in Amerika in der letzten Zeit wieder ganz bedeutend gestiegen, weil systematisch gegen Deutschland aufgereizt worden ist und so lange diese politische Verstimmung nicht gründlich beseitigt ist, wird auch eine wirthschaftliche Verständigung nicht möglich sein. Ich hoffe, daß die Interpellation Gelegenheit geben wird, den amerikanischen Argwohn gegen Deutschland gründlich zu zerstören. Ein Märchen ist es z. B., wenn gesagt wird, daß Deutschland die Philippinen kaufen wolle oder daß der deutsche Konsul in Hongkong an aufständische Philippiner Waffen ausgeliefert hätte. Ich hoffe, daß der Herr Staatssekretär Gelegenheit nehmen wird, sich auch über unser politisches Verhältniß zu Amerika zu äußern. (Beifall.)

Abg. Fürst **Bismarck** (b. k. Fr.): Von dem Vorredner ist hervorgehoben, daß seit längerer Zeit schon über unser Verhältniß zu Amerika ein gewisses Mißbehagen in der Oeffentlichkeit platzgegriffen habe. Seit dem Jahre 1897 war diese Frage eine offene und ist seitdem nicht mehr berührt worden. Bei dem großen Interesse aber, welches unsre Erwerbsstände an den regen Handelsbeziehungen mit Amerika haben, war es unsre Pflicht, als Vertreter des produktiven Volkes diese Anfrage an die Regierung zu stellen. Wir sind nun der Regierung dankbar für die Aufklärung, die sie uns gegeben hat, in welcher sie die ganze heutige Situation zusammenfaßte. Diese sorgfältig erwogene Erklärung wird den produzirenden Ständen sicher zur Beruhigung gereichen. Der Vorredner hat dem gegenwärtigen Leiter unserer inneren Politik sein Vertrauen ausgesprochen, ich schließe mich dem an und glaube, daß die Herren Ressortchefs, die gegenwärtig den Bundesrath vertreten, auch das Vertrauen des ganzen Reichstags genießen, daß sie unsere wirthschaftlichen und nationalen Interessen jederzeit wahrnehmen werden. (Beifall.) Mit Befriedigung habe ich die Erklärung des Staatssekretärs vernommen, denn bisher war man nur auf Auslassungen offiziöser Zeitungen angewiesen und da weiß man nie, wieviel wir glauben sollen, oder nicht. Es handelt sich hier wesentlich um eine Vertrauensfrage. Die Herren im Reichstage, die kein Vertrauen zu der Regierung haben, mögen dies heute öffentlich aussprechen. Ich hoffe aber, die Verhandlung wird ergeben, daß der ganze Reichstag einmüthig hinter der Regierung steht. (Beifall.) Im Wesentlichen haben vier Fälle Anlaß zu Beschwerden gegeben, und der Staatssekretär hat ja schon gesagt, daß Aussicht auf eine befriedigende Abstellung dieser Gravamina zu hoffen sei. Schon im Jahre 1897 hat der damalige Vertreter des auswärtigen Amts zugegeben, daß Amerika das Meistbegünstigungsverhältniß verletzt hat. Es ist garnicht möglich, daß die Verhältnisse so bleiben können. Ich glaube, daß die Herren, die nach mir reden, sich ein Verdienst um die Erledigung der Frage erwerben, wenn sie sich Zurückhaltung auferlegen. Ich bin fest davon überzeugt, daß hier viele Sachverständige sind, die gute Rathschläge geben können, aber es ist nicht gut, wenn zuviel darüber öffentlich diskutirt wird. Viel Neues wird nach den Debatten von 1897 und nach dem, was wir heute gehört haben, nicht vorgebracht werden können. Eine frische, fröhliche Polemik wird bei anderer Gelegenheit besser am Platze sein, heute wird der Reichstag am besten daran thun, wenn er erklärt, die Regierung zu unterstützen. Wir müssen jedoch verlangen, daß überall mit gleichem Maße gemessen wird, wenn wir auch bereit sind, freundschaftlich das Geschäft zu machen. Auch in Amerika haben sich schon solche Stimmungen geltend gemacht, ich erinnere an die Rede meines Freundes Karl Schurz. Ich habe privatim und auch in amtlicher Eigenschaft viel mit amerikanischen Staatsmännern verkehrt, und aus meiner amtlichen Thätigkeit kann ich mich erinnern, daß diese Staatsmänner stets entgegenkommend und coulant gewesen sind, und ich glaube nicht, daß diese Race von Staatsmännern in Amerika ausgestorben sein wird. Ich glaube vielmehr, daß auch in Amerika viele Männer von derselben Gesinnung getragen sind. Da ich gerade bei den Staatsmännern angelangt bin . . . (Lachen bei den Sozialdemokraten) — Es giebt ein Sprichwort vom Lachen, und wen man an vielem Lachen erkennt, mehr will ich nicht sagen. (Erneutes Lachen bei den Soz.) — so komme ich naturgemäß damit auf das politische Gebiet. Und hier möchte ich an die Worte erinnern, die der erste Reichskanzler, Fürst Bismarck im Jahre 1884 über unser Verhältniß zu Amerika gesagt hat. Ich hoffe, daß Herr von Bülow, wenn er den Wünschen des Dr. Lieber entspricht, sich genau so äußern wird, wie es Fürst Bismarck 1884 gethan hat. Fürst Bismarck erinnerte damals daran, daß es in den Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika zwei große Marksteine gäbe. Der eine war, daß Friedrich der Große zuerst von allen europäischen Herrschern die Vereinigten Staaten anerkannt hatte, und der zweite war die Haltung der Vereinigten Staaten während des deutsch-französischen Krieges. Ich hoffe, daß der Staatssekretär ebenfalls sagen wird, daß sich in unserm guten Verhältniß zu Amerika nichts geändert hat. Wenn in Amerika eine Verstimmung gegen uns herrscht, so kommt dies daher, weil seit langer Zeit schon eine gewisse Presse systematisch gegen Deutschland hetzt. Ich denke, Sie verstehen mich, ich meine, ich brauche mich weiter nicht zu äußern. Ich meine, wir befinden uns Amerika gegenüber im vierten Akte des Dramas und können daher ganz ruhig den fünften Akt abwarten. Ich meine auch, wir müßten jetzt nicht zu

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

sehr betonen, worin Amerika uns unangenehm sein könnte, denn das hieße nur, der Regierung die Hände binden. Mir liegt nichts ferner, als irgend welche Vorschläge zu machen, das lasse ich den Herren, deren Aufgabe das ist. Die Diplomatie ist ein schwieriges Gewerbe — (Heiterkeit) und wenn hier Viele hineinreden wollten, so müßte man hier auch das Sprichwort anwenden, daß viele Köche den Brei verderben. Ich hoffe, daß im Reichstage Einigkeit herrscht und daß die Verhandlungen dazu beitragen, das volle Vertrauen der befreundeten und verbündeten Nation wieder zu gewinnen. (Beifall rechts.)

Staatssekretär **von Bülow:** Von zwei Seiten ist heute der Wunsch ausgesprochen, daß ich mich über unser Verhältniß zu Amerika äußere.

Was unser Verhalten beim spanisch-amerikanischen Kriege anlangt, so verweise ich auf die Worte, die ich bei der ersten Lesung des Etats gesagt habe. Ich habe damals gesagt, daß unser Verhalten während des ganzen spanisch-amerikanischen Krieges ein streng neutrales und absolut loyales war. Allerdings haben wir es für unsere Pflicht gehalten, unsere Staatsangehörigen in den spanischen Kolonien, die derligen deutschen Kaufleute, die deutschen Betriebe und Firmen so weit zu schützen und zu bewahren, als es die Lage der Küste und der Stand unserer Machtmittel zur See zuließ. Deshalb, und nur deshalb haben wir beim Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Spanien und Amerika keinen Aufstand genommen, zeitweise die chinesische Küste zu degagiren und einen Theil unserer Schiffe dorthin zu senden, wo sich der deutsche Handel seit lange schon eine Stellung erworben hatte. Für die Anwesenheit unserer Schiffe vor Manila war kein anderes Motiv geltend — ich betone das ganz besonders — als die legitime Pflicht, deutsche Staatsbürger und deutsches Eigenthum zu schützen. (Lebhafter Beifall.) Dies war nöthig nicht nur für unsere eignen Landsleute, sondern auch für die Unterthanen fremder Staaten, deren Regierungen spontan unseren Schutz nachgesucht hatten. Dies geschah, ohne den kriegführenden Regierungen irgend welchen Anlaß zu Ausstellungen zu geben. Der Pflicht der Neutralität sind wir vor Manila nicht einen Augenblick untreu geworden. (Beifall.) Wenn auch ein Theil der ausländischen Presse ein anderes Verhalten uns nachgesagt hat, so ändert das doch nichts an der absoluten Korrektheit unseres Verhaltens. (Beifall.) Was in der fremden Presse gesagt und verbreitet worden ist über angebliche deutsche Absichten auf die Philippinen oder über eine Unterstützung der aufständischen Tagalen, erkläre ich hiermit für eine dreiste Unwahrheit. (Beifall.) Was aber die Behauptung auswärtiger Journale anlangt, daß unser Generalkonsul in Hongkong den Insurgenten auf den Philippinen Waffen verkauft hat, so ist das eine der fettesten Enten, die jemals aus irgend einem trüben Pfuhle aufgeflogen ist. (Große Heiterkeit.) Der Verkehr der Manila zwischen unseren See-Offizieren und den amerikanischen war frei von jeder Spannung und war getragen von dem Geiste gegenseitiger Kollegialität. (Beifall.) Daß unsere Offiziere in einer durchaus tadellosen und einwandsfreien Weise sich benommen haben, brauche ich wohl nicht extra hervorzuheben. Aber die amerikanischen Offiziere sind uns in ebenso ritterlicher Weise entgegengekommen. Wo wir aber, ohne das Völkerrecht zu verletzen, im Rahmen des Völkerrechtes deutsche Unterthanen und deutsches Eigenthum schützen, da sind wir in unserem guten Recht und üben nur unser gutes Recht aus. Damit haben wir lediglich eine nationale Pflicht erfüllt (Beifall), eine Pflicht, welche jedes Staatswesen gegenüber seinen Angehörigen in der Fremde, die in bedrängter Lage sind, hat. Und wir werden uns niemals abhalten lassen, dieses unser Recht und unsere Pflicht mit klarer Besonnenheit, aber im vollsten Umfange wahrzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem der Kriegszustand zwischen Amerika und Spanien beendet ist, haben wir unsere Schiffe bis auf einen Kreuzer von den Philippinen zurückgezogen. Denn wir sind überzeugt, daß die Sicherheit unserer Landsleute unter amerikanischem Schutze nicht gefährdet ist (Beifall). Wir werden auch gerne annehmen, daß unser Handel auf den Philippinen und in Westindien unter amerikanischer Herrschaft sich ungestört wird fortentwickeln können (Beifall). Wir haben übrigens nicht allein Schiffe nach den Philippinen geschickt. Auch von Kuba und Portoriko war von Deutschen der dringende Wunsch ausgesprochen worden nach Entsendung deutscher Schiffe. Dieser Wunsch war von einer sehr angesehenen Bremer Seite — ich sehe leider den Abg. Frese nicht im Saal, aber er wird es mir bestätigen können — ausgesprochen worden. Trotz der geringen Anzahl unserer Kriegsschiffe sind wir diesem Wunsche auch nachgekommen. Und während der Krieg aus jenen Meeren tobte und die großen Ereignisse sich abspielten, haben wir das Leben und die Sicherheit unserer deutschen Unterthanen dort geschützt und da hat es sich gezeigt, was die Mannschaft unseres Schiffes „Geier" vermochte, was Manneszucht, Pflichttreue und Menschenliebe unserer braven Seeleute zu leisten vermögen. (Lebhafter Beifall.)

Ich komme jetzt zu den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika. Sie werden es verstehen, meine Herren, und gerade der Vorredner, dem ich zu Dank verpflichtet bin für die gütige Weise, mit der er sich ausgesprochen hat über den Staatssekretär im Allgemeinen und über meine Wenigkeit im Besonderen (Heiterkeit), wird es verstehen, daß ich mich in meiner amtlichen Stellung über diese Seite der Frage nur einigermaßen diplomatisch auslassen kann. Ich will aber doch nicht zu diplomatisch sprechen, denn ich glaube, daß zwischen zwei starken und mächtigen Völkern Offenheit und Gradheit die beste Politik ist (lebhafter Beifall) und die beste Medizin für mehr eingebildete als wirkliche politische Verstimmungen. Ich stelle zunächst fest, daß die Beziehungen zwischen der deutschen und der amerikanischen Regierung gute und freundliche sind (Beifall) und nie aufgehört haben, gute und freundliche zu sein. (Erneuter Beifall.) Der vortreffliche Vertreter der Vereinigten Staaten in Berlin, Mr. White, hat das in einer Rede, welche er am amerikanischen Unabhängigkeitstage, am 4. Juni, hielt, in einer Weise anerkannt, die zwar nur den thatsächlichen Sachverhalt zum Ausdruck brachte, uns aber mit Befriedigung erfüllen mußte. (Beifall.) Mr. White führte damals aus — ich zitire nach dem Gedächtniß — daß das Verhalten aller derjenigen, welche die Ehre hätten, Deutschland gegenüber Amerika zu vertreten, während des ganzen Verlaufs des spanisch-amerikanischen Krieges alles gewesen sei, was von amerikanischer Seite nur irgend hätte erwartet werden können. (Beifall.) Ich konstatire meinerseits, daß das politische Verhalten der amerikanischen Regierung uns keinen Anlaß zu Ausstellungen geboten hat. Vom Standpunkt einer verständigen Politik ist gar kein Grund vorhanden, warum nicht Deutschland und Amerika in den besten Beziehungen zu einander stehen sollen. (Sehr richtig! links.) Ich sehe keinen Punkt, wo sich deutsche und amerikanische Interessen feindlich begegneten, und auch in der Zukunft sehe ich keinen Punkt, wo die Linien ihrer Entwicklung sich feindlich durchkreuzen könnten. (Beifall.) Wir wissen aber auch, daß in unserer Zeit für das Verhältniß zweier Staaten zu einander die Beziehungen der beiderseitigen Regierungen allein nicht mehr maßgebend sind, sondern daß auch Stimmungen und Verstimmungen der Völker schwer ins Gewicht fallen. Stimmungen und Verstimmungen haben die Eigenthümlichkeit — und darin liegt ihre Gefahr — daß gegen sie mit logischen Gründen nicht anzugehen ist. (Sehr wahr!) Daß weiß ja jeder aus eigener Erfahrung; ich glaube aber doch, daß es nützlich ist, gegenüber solchen Gefühlsstimmungen die Sprache der klaren Vernunft zu führen. (Sehr richtig!) In Amerika wird vielfach angenommen, daß in Deutschland Feindschaft, Groll und Abneigung gegen Amerika herrsche, während bei uns vielfach die Ansicht verbreitet ist, daß die Amerikaner von besonders ungünstiger Stimmung gegen uns erfüllt seien. Woher kommt dies Mißverständniß? — denn um ein Mißverständniß handelt es sich allein. Ich glaube, daß man in Amerika vielfach ganz im Unklaren ist über die Empfindungen, mit denen die deutsche öffentliche Meinung dem spanisch-amerikanischen Kriege gegenüber gestanden hat. Die deutsche öffentliche Meinung war niemals ungerecht oder blind gegenüber den tüchtigen und glänzenden Eigenschaften des amerikanischen Volkes; sie ist frei von jeder Voreingenommenheit gegen das amerikanische Volk und sie ist weit entfernt, den Amerikanern die Früchte und den Lohn ihrer Anstrengungen und Siege zu mißgönnen. Aber die deutsche öffentliche Meinung hat auch Achtung vor dem spanischen Volke, das auf eine lange und ruhmvolle Geschichte zurückblickt, sie hat auch dem tapferen und schwer geprüften spanischen Volke den Ausdruck menschlicher Sympathie nicht verweigert. (Lebhafter Beifall.) Und dieser Ausdruck menschlicher Sympathie würde auch in den Vereinigten Staaten nicht falsch verstanden sein, wenn derselbe — mit vollem Recht hat Fürst Bismarck darauf angespielt — nicht von gewissen fremden Preßorganen in tendenziösester, hier und da in perfidester Weise (Lebhafte Zustimmung) dazu ausgenutzt worden wäre, um Mißtrauen gegen uns in Amerika zu erregen und falsche Vorstellungen über uns in Amerika zu erwecken. (Sehr wahr!) Ich sage „falsche Vorstellungen", denn weder der gesammte Stand unserer auswärtigen Politik, noch unserer Beziehungen zu Amerika konnte, durfte dadurch ernstlich alterirt werden. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika datiren nicht von gestern und heute. Fürst Bismarck hat mit Recht daran erinnert, daß es Friedrich der Große war, der unter allen europäischen Souveränen zuerst die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten anerkannte, und ich möchte die Erinnerung dadurch vervollständigen, daß ich darauf hinweise, daß während der schweren Zeit des amerikanischen Sezessionskrieges es das deutsche Volk war, das nicht mit Worten, sondern mit Thaten den Amerikanern Hilfe brachte, indem es den Nordamerikanern die Mittel zur Fortführung des Krieges vorstreckte, die sie zur Erhaltung der Schöpfung George Washingtons brauchten. In keinem andern Lande haben die Amerikaner während des letzten Jahrhunderts ein besseres Verständniß und eine gerechtere Anerkennung gefunden als in Deutschland. Die Bande, welche Deutschland und Amerika verknüpfen, sind doch zu mannigfach und in ideeller und materieller Beziehung zu werthvoller Natur, als daß sie leichten Herzens preisgegeben werden könnten. (Sehr richtig!) Wir sind mit Amerika verbunden durch die schwerwiegendsten handelspolitischen Interessen, durch einen gewaltigen Güteraustausch und Verkehr; wir geben uns der Hoffnung hin, daß auch im Hinblick auf die Stärke der amerikanischen Ausfuhr nach Deutschland, die weit über eine halbe Milliarde hinausgewachsen ist, sich in Amerika in richtiger Würdigung der Interessen eines ungestörten Handelsverkehrs die Stimmen mehren werden, welche einsehen, daß wirthschaftliche Reibungen zwischen Amerika und Deutschland nicht dem wohlverstandenen ökonomischen Interesse des amerikanischen Volkes entsprechen, und daß auch auf wirthschaftlichem Gebiete das Wort gilt: „Wenn Du nehmen willst, so gieb!" Wir sind ferner durch Millionen deutscher Landsleute mit Amerika verbunden, die der neuen Heimath treu anhängen und doch ihr Mutterland nicht vergessen, und worunter sich Männer befinden, auf welche beide Länder stolz sein dürfen. (Beifall.) Auch die geistigen Fäden vergesse ich nicht, die uns mit einander verbinden: den regen literarischen Verkehr und den fruchtbaren Gedankenaustausch. Alle diese Bande wollen wir nicht zerreißen und werden wir, soweit es an uns liegt, nicht zerreißen lassen. (Beifall.) Die deutsche Politik wandelt gerade Straßen und wird das nationale Interesse auch in Zukunft verfolgen ohne Provokation und ohne Schwäche.

Der Vorredner hat appellirt an die Einmüthigkeit des Hauses. Ich bin gewiß, daß ich mich in Uebereinstimmung mit dem ganzen Hause befinde, wenn ich der Hoffnung und dem Wunsche Ausdruck gebe, daß auf der Basis der Reciprocität, gegenseitigen Entgegenkommens und gegenseitiger Achtung, Gerechtigkeit und Billigkeit, welche die Voraussetzungen sind und die Grundbedingungen für ein richtiges Verhältniß zwischen zwei großen und selbstbewußten Völkern, die Beziehungen zwischen dem deutschen und amerikanischen Volke immer ruhige, sichere und freundschaftliche sein mögen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Freihr. **Heyl zu Herrnsheim** (nl.). Meine politischen Freunde sind dem Staatssekretär sehr dankbar für die Erklärungen, die er soeben über die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika abgegeben hat. Wir hoffen, daß diese guten politischen Beziehungen ungetrübt fortdauern und daß es den Regierungen gelingen möge, auch die wirthschaftlichen Fragen auf der vom Staatssekretär angegebenen Basis zu lösen. Auch meine Freunde geben dem Vertrauen gegenüber der Regierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung Ausdruck und hoffen, daß sie mit der erforderlichen Energie die wirthschaftlichen und handelspolitischen Interessen vertreten wird.

Aber ich möchte doch bemerken, daß schon 1897 hier der Meinung Ausdruck gegeben ist, daß eine allzugroße Nachgiebigkeit gegenüber Amerika nicht die Wirkung haben würde, den deutschen Export zu fördern und den deutschen Handel zu begünstigen. Schon seit 5 Jahren verhandeln wir mit Amerika ohne Erfolg (Sehr richtig! rechts). Die jetzige Regierung ist ja von dieser Politik der Nachgiebigkeit vollständig freizusprechen. Darüber ist aber kein Zweifel, daß es den amerikanischen Kaufmann vollständig unterschätzen heißt, wenn man durch kleinliche Chikane hervorragend tüchtige Geschäftsleute, die in ihrem Verkehr alle Chikanen von der Hand weisen, schädigen will, Nadelstiche, welche dazu bestimmt sind, die großen Fehler, die man früher durch allzu große Nachgiebigkeit in den großen Fragen gemacht hat, wieder auszugleichen. (Sehr richtig!) Ich gestehe zu, daß in manchen Kreisen des deutschen Volks auch das Vorgehen unserer Regierung in früherer Zeit nicht gebilligt wurde, das darin bestand, daß man die amerikanischen Interessen ohne jeden Grund in Einzelfragen geschädigt hat. Ich erinnere nur an das Vorgehen gegen die amerikanischen Versicherungsgesellschaften. Dadurch sind die Amerikaner aufs äußerste gereizt worden, ohne daß wir irgend einen Erfolg erzielt hätten. In derselben Weise aber müssen wir uns natürlich auch aussprechen gegen die Chikanen, welche die appraissers gegen die deutsche Industrie in Aussicht nehmen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß seit dem Wilsontarif die Meistbegünstigungsverträge durch Amerika thatsächlich verletzt worden sind. Die Amerikaner erkennen sogar das Abkommen vom Jahre 1828 überhaupt nicht mehr als Basis für ihre weiteren Verhandlungen an. Das Saratoga-Abkommen zwischen Amerika und Deutschland steht mit den Meistbegünstigungsverträgen in keinem Zusammenhang. Damals hatte Deutschland die Einfuhr amerikanischen Schweinefleisches verboten. Amerika drohte hierauf mit Repressalien; diese Drohungen wurden aber nicht ausgeführt. Das war auch ein Kampf, bei dem man eine richtige Politik nicht geführt hat, weil man das Verbot besser unterlassen hätte. Während dieser Verhandlungen ist aber entgegen dem Abkommen von 1828 den Amerikanern die Meistbegünstigung aus unserem österreichischen Handelsvertrage und zwar ohne Entgelt zugewiesen worden. Seit der Abmachung von Saratoga ist uns von Amerika aus ein Schlag versetzt worden; die Meistbegünstigungsverträge sind wiederholt verletzt worden. Ich möchte doch darauf hinweisen, daß die letzten Tage des Juli im vorigen Jahre sehr kritische Tage für die deutsche Handelspolitik werden müssen. Am 31. Juli läuft das Provisorium mit England ab, und am 24. Juli wird die Vollmacht hinfällig, welche der Dingley-Tarif dem Präsidenten der Vereinigten Staaten giebt, um einen Handelsvertrag mit Deutschland abzuschließen. Wir werden dann mit den englischen Kolonien außer Vertrag sein, denn es ist nicht wahrscheinlich, daß es gelingen wird, nach Ablauf des Provisoriums mit England die Beziehungen mit den englischen Kolonien wieder herzustellen, welche jetzt nach dem Rücktritt Kanadas von dem Meistbegünstigungsverhältniß den ersten Schritt gemacht haben, um den englischen Zollverein mit einer Differenzirung gegen das Ausland herbeizuführen. Wahrscheinlich werden sich also Ende 1899 die großen überseeischen Märkte von unseren handelspolitischen Beziehungen loslösen, und es wäre deshalb erwünscht, einen autonomen Zolltarif für Deutschland zu besitzen, welcher dann in dem vertragslosen Zustande allen diesen Staaten entgegenzusetzen wäre. Es wäre wohl nichts erwünschter, als möglichst bald einen solchen autonomen Tarif aufzustellen. (Sehr richtig!) Deutschland ist doch heute schon differenzirt in Kanada, Spanien und den Vereinigten Staaten. Frankreich und die Schweiz haben mit ihrem Maximal- und Minimaltarif erreicht, daß sie in diesen Ländern günstiger gestellt sind als Deutschland. Nach meiner Meinung müssen die Verhandlungen zwischen Deutschland und Amerika geführt werden auf der Basis des Abschnittes 4 des Dingley-Gesetzes. Der Präsident hat danach die Vollmacht, auf die Dingley-Tarife 20prozentige Ermäßigungen eintreten zu lassen für fünf Jahre auf solche Waaren, welche Amerika als dafür geeignet ansieht. Der Präsident ist aber noch auf den Rath des Senats und die Zustimmung des Repräsentantenhauses angewiesen. Wenn auf Grund dieses Dingley-Tarifs ein Handelsvertrag mit Deutschland abgeschlossen werden soll, so wird eine Ermäßigung auf einzelne Gattungen von Waaren eintreten, durch welche der Zoll auf 37 Proz. festgesetzt wird, während wir gezwungen sind, Zugeständnisse auf die niedrigen Tarife aus dem österreichischen Handelsvertrage zu machen, welche sich dann in Folge der Meistbegünstigungsverhältnisse über die ganze Welt ausdehnen werden.

Ich konstatire also, daß seit 1894 der Meistbegünstigungsvertrag zwischen Nordamerika und Deutschland aufgehoben ist, daß er nicht gehandhabt wird, indem im Dingleytarif wie bekannt die Bestimmungen über die Prämienbelastungen verschärft sind, weil die Betriebssteuer vollständig außer Acht geblieben ist, welche bei einer Prämie von 2,50 Mark durchschnittlich auf eine Mark bemessen ist. Es werden aber auch andere Schwierigkeiten gemacht. Beispielsweise erschwert man die Einfuhr deutscher Spielwaaren dadurch, daß man sie für gesundheitsschädlich erklärt hat. Ferner ist man jetzt in Amerika damit beschäftigt, im Repräsentantenhause eine sogenannte Ackerbaubill durchzusetzen, wodurch die Einfuhr aller als schädlich betrachteten Artikel verboten werden soll, — und das geschieht in einem Augenblick, wo wir in Deutschland ein Fleischschaugesetz erlassen wollen, worin wir nach voller Gerechtigkeit die Einfuhr von Vieh und Fleisch regeln, während die Dingleybill die Vieheinfuhr nach Amerika verbietet, wenn in gesundheitlicher Beziehung das Ausfuhrland völlig sicher ist.

Drei Viertel unserer 326 Millionen betragenden Unterbilanz ist auf unsere verminderte Einfuhr nach Amerika zurückzuführen. Es muß außerdem festgestellt werden, daß die Fabrikate, die Amerika bei uns einführt, bereits 16 Proz. unserer gesammten Einfuhr ausmachen, während früher hauptsächlich Rohprodukte und Rohstoffe oder Genußmittel nach Deutschland gebracht worden sind. Die Vermehrung unseres Gesammtexports ist nicht von großer Bedeutung. Es sind an der Vermehrung in der Zeit von 1897—98 nur ganz bestimmte Industriezweige betheiligt, welche die Gesammtheit der volkswirthschaftlichen Interessen Deutschlands in keiner Weise repräsentiren. Beispielsweise ist bei der Vermehrung unsers Exports die chemische Industrie betheiligt mit 32 Proz., Eisen und Maschinen mit 43, Steinkohlen mit 16, während alle anderen Fabrikate nur mit 9 Proz. in Betracht kommen. Ich möchte der Ansicht des Grafen Kanitz entgegentreten, daß die Begünstigung, die Frankreich im vorigen Jahre gewährt worden ist, für uns geringe Bedeutung hätte. Die Statistik zeigt, daß die Differenzirung Deutschlands gegen Frankreich in Bezug auf den Weinexport den deutschen Weinhändler schwer geschädigt hat. (Sehr richtig!) Man wird auf der Basis des Dingleytarifs einen Handelsvertrag mit Amerika nicht abschließen können. Ein Zollkrieg ist aber auch nicht nothwendig; einen Zollkrieg wird man dadurch vermeiden können, daß wir die unbenommene Meistbegünstigung Amerika gegenüber so lange überweisen, als es unsere Verhältnisse gestatten. Wenn wir aber den Vertrag mit Amerika als aufgehoben ansehen, so sind wir ungebunden in unserer Gesetzgebung. Der gesunde Egoismus, den die Amerikaner uns gegenüber zum Ausdruck bringen, ist doch auch bei uns vollständig berechtigt (Sehr gut!) Auch den Arbeitern gegenüber ist es erforderlich, dem seit 5 Jahren bestehenden Zustande ein Ende zu machen. Man kann sich nicht länger als 5 Jahre von einem auswärtigen Staat in handelspolitischen Fragen unterjochen lassen, sondern muß endlich einen Ausweg aus dem Dilemma finden, unter welchen die Arbeiter besonders leiden. Das liegt sowohl im Interesse der Landwirthschaft als auch in dem der Industrie. (Sehr richtig!) Hoffentlich wird es den verbündeten Regierungen gelingen, zeitig Maßregeln zum Schutz von Industrie und Landwirthschaft zu treffen. Hierzu zähle ich in erster Linie die sofortige Aufstellung unseres Maximaltarifes. Wenn uns die englischen Kolonien, überseeische Märkte im Laufe dieses Sommers aus den Händen genommen werden, müssen wir sofort den Maximaltarif diesen Ländern vorhalten, womit in keiner Weise ein Zollkrieg eingeführt werden soll. (Beifall.)

Abg. **Richter** (freis. Vp.): Der Herr Staatssekretär v. Bülow hat sehr zutreffend die deutsche Stimmung gegen Amerika geschildert, und dieselbe erfährt hoffentlich drüben die Würdigung, die sie verdient. Die Haltung eines Theiles der amerikanischen Presse gegen Deutschland ist unbegreiflich. Mit Genugthuung habe ich es vernommen, daß der Staatssekretär fest gehalten hat an dem Vertrag von 1828. Ich konstatire das mit um so größerer Freude, als sonst, wenn die Regierung das nicht thäte, unsere ganzen handelspolitischen Beziehungen zu Amerika in Frage gestellt wären. Der Abg. von Heyl meinte, man habe mit allen Abmachungen mit Amerika nichts erreicht. Das ist aber nicht richtig. Der Staatssekretär hat auch darauf hingewiesen, daß auch in der Steuerfrage neue Vereinbarungen mit Amerika in Aussicht stehen. In der Zuckerfrage hat gerade Fürst Bismarck der Erste (Heiterkeit) die Ausfuhrprämien eingeführt, auf Grund deren Amerika jetzt Zuschläge erhebt. Herr von Heyl hat auch von den Versicherungsgeldern gesprochen. Wenn ich ihn recht verstanden habe, hat er der preußischen Regierung unrecht gegeben und da kann ich ihm nur beistimmen. Es ist unglaublich, wie einseitig diese Fragen seitens des preußischen Ministeriums des Innern behandelt werden. Doch gehört die Behandlung dieser Angelegenheit wohl mehr ins preußische Abgeordnetenhaus. Herr von Heyl malte dann ein schauerliches Bild, als ob in kürzester Frist alle unsere Meistbegünstigungsverträge mit England und den englischen Kolonien aufgehoben würden. Das glaube ich nicht, es wird wahrscheinlich nur eine Fortsetzung des bisherigen Provisoriums werden, natürlich mit Ausnahme Kanadas. Es unterliegt keinem Zweifel, daß hier und da unsere Ausfuhrindustrie jetzt einige Verluste erlitten hat. Nach der Handelsbilanz ist er nicht so groß, wie Graf Kanitz es darstellte. Denn mit den Zahlen der Ausfuhr und Einfuhr ist hier nichts zu machen. Zweifellos ist es, daß bei zu erwartenden Zollerhöhungen Amerikas die Ausfuhr Deutschlands ungeheuer steigt, weil jeder noch den Vortheil des billigen Tarifes genießen will. Ebenso natürlich ist es, daß aus diesem Grunde in den ersten Jahren nach der Zollerhöhung die Ausfuhr fällt, weil der Markt vorher schon zu viel aufgenommen hatte. Graf Kanitz hat die Absperrung gegen die Lebensmitteleinfuhr aus Amerika angeregt; derartige Vorschläge sind doch wohl etwas verfrüht, sie gehörten wohl mehr in die agrarische Woche (Heiterkeit.) Es bedarf wohl keines Hinweises darauf, wie schwer die Allgemeinheit unter der Lebensmittelvertheuerung leiden würde. Auch das Kupfer will Graf Kanitz vertheuern. (Widerspruch des Grafen Kanitz.) Die Hamburger Handelskammer sagt ausdrücklich, man werde wohl zu einem besseren Verhältniß zu Amerika kommen, wenn man nur ohne Animosität vorgehe. Ist es aber doch gerade die Animosität agrarischer Kreise, die in Amerika die Stimmung gegen uns gereizter macht. Wir meinen, daß Meistbegünstigungsverträge nicht ausreichen in unserem Verkehr mit Amerika. Wir müssen vielmehr feste Tarifverträge auf eine längere Zeit mit Amerika abschließen.

Staatssekretär Graf **von Posadowsky:** Graf Kanitz hat einige Zahlen unseres Exportes und Importes nach Amerika angeführt, Bei der Wichtigkeit der Sache komme ich nochmals gerade auf diesen Gegenstand zurück. Wir sehen, daß in Amerika in den letzten sieben Jahren in Folge des strengen Protektionssystems ein fortgesetztes Sinken der Einfuhr und ein fortgesetztes Steigen der Ausfuhr stattgefunden hat. Demgemäß hat sich auch die Handelsbilanz zu Gunsten Amerikas gebessert. Von 1895—1898 ist die Summe unserer Ausfuhr nach Amerika um 21 Prozent gesunken, während die Ausfuhr Amerikas um 52 Proz. stieg. Außerdem vollzieht sich in Amerika der Vorgang, daß die Ausfuhr von Nahrungsmitteln fortgesetzt fällt, während die Ausfuhr von Fabrikaten ständig zugenommen hat. Amerika ist also auf dem Wege, aus einem Agrikulturstaat ein Industriestaat zu werden. Allerdings treten ähnliche Verhältnisse wie im Verkehr zwischen Deutschland und Amerika, auch beim Verkehr Amerikas mit andern Ländern hervor, so beim Verkehr mit Oesterreich-Ungarn, England 2c. Doch ist das Verhältniß für Deutschland ungünstiger als für England. Besonders gefährdet ist die Textil- und namentlich die Fahrrad-Industrie. Auf Grund des Vertrages von 1828 halten wir unbedingt daran fest, daß uns die Meistbegünstigung zusteht. Wir sind der Ansicht, daß die Verträge mit der Seeuferstaaten noch fortbestehen, und die amerikanische Einfuhr geht nur über Zollstellen der Seeuferstaaten. Wir beanspruchen deshalb die Meistbegünstigung, während in Amerika selbst diese Frage zu den verschiedenen Zeiten verschieden beurtheilt wurde. Interessant ist es, daß die §§ 5 und 9 des zwischen Amerika und Oesterreich 1829 abgeschlossenen Vertrages wörtlich übereinstimmen mit den §§ 5 und 9 des 1828 mit